



Ratsfraktion Norderney

Ronny Aderhold
Bernd Geismann
Stefan Wehlage

info@gruene-norderney.de

Norderney, den 09.03.2025

An den Umweltausschuss der Stadt Norderney
Herrn Bürgermeister Frank Ulrichs

Antrag auf Prüfung einer Verpackungssteuer auf Norderney

Sehr geehrte Ratsmitglieder*innen, sehr geehrter Bürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen hiermit die Prüfung der Einführung einer Verpackungssteuer auf der Insel Norderney. Ziel dieses Antrags ist es, einen Schritt in Richtung einer nachhaltigeren Abfallwirtschaft zu gehen und somit die Umweltauswirkungen durch Verpackungsmüll, insbesondere Einwegplastik, zu verringern.

Begründung:

Der weltweit zunehmende Abfall von Verpackungsmaterialien, insbesondere von Einwegplastik, hat gravierende Folgen für unsere Umwelt. Auch Norderney ist von den negativen Auswirkungen betroffen, sowohl im Hinblick auf Verschmutzung des öffentlichen Raums als auch auf die Belastung unserer Küstengewässer inklusive Tierwelt. Eine Verpackungssteuer würde eine unmittelbare Wirkung auf den Verbrauch von Verpackungsmaterial haben und so dazu beitragen, den Müllaufwand deutlich zu verringern.

In vielen Städten Deutschlands (z.B. Freiburg, Tübingen, Konstanz) hat sich bereits gezeigt, dass eine Steuer auf Verpackungen einen positiven Einfluss auf das Verbraucherverhalten hat.

Verbraucher werden zunehmend dazu angeregt, Verpackungen zu vermeiden oder auf Mehrwegprodukte umzusteigen.

Die Einführung einer Verpackungssteuer auf Norderney könnte nicht nur zur Reduktion des Abfallaufkommens beitragen, sondern auch ein klares Signal für den Schutz unseres Lebensraumes und die nachhaltige Nutzung von Ressourcen setzen. Unser Ziel sollte es nämlich sein, das Ökosystem der Insel zu schonen durch nachhaltiges Handeln.

Antrag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass die Verwaltung umfassend prüft, unter welchen Bedingungen eine Verpackungssteuer auf Norderney eingeführt werden kann. Diese Prüfung sollte insbesondere folgende Punkte umfassen:

- 1. Rechtliche Rahmenbedingungen:** Mit Beschluss vom 27.11.2024, der am 22.01.2025 veröffentlicht wurde, bestätigte das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit der Tübinger Verpackungssteuer. #welche rechtlichen Rahmenbedingungen müssen außerdem gelten bzw. Beachtet werden?
- 2. Modellgestaltung:** Entwicklung eines geeigneten Modells für die Steuer, das sowohl für Verbraucher als auch für Unternehmen auf Norderney umsetzbar ist.
- 3. Finanzielle Auswirkungen:** Einschätzung der finanziellen Effekte einer Verpackungssteuer auf den Haushalt der Insel sowie mögliche Förderungen und Entlastungen für Unternehmen, die auf nachhaltige Verpackungslösungen umstellen wollen.
- 4. Vorbildwirkung:** Untersuchung, inwieweit Norderney mit einer solchen Maßnahme als Vorbild für andere Inseln oder Kommunen auf dem Festland dienen könnte.

Die Ergebnisse sollen nach spätestens 6 Monaten im Umweltausschuss vorgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.V. Ronny Aderhold